



FOTO: AGENTUR FOCUS / MIKE AGUILO / PHOTO RESEARCHERS, INC

GLOBALISIERUNG

Eine andere Welt ist möglich!

Seit den Terroranschlägen des 11. September wird endlich offen darüber geredet: Die Globalisierung der Wirtschaft schafft zwar viele Gewinner, aber noch mehr Opfer. Umweltkatastrophen nehmen zu, die Kluft zwischen Arm und Reich wird ständig größer, überall wächst die Angst vor globaler Konkurrenz, und die Politik muss sich fragen lassen, ob sie ihre Macht nicht bereits an die Konzerne verloren hat. Zwar sind die Terroranschläge nicht nur auf die Ungerechtigkeiten der Weltwirtschaft zurückzuführen. Klar ist jedoch, dass die zerstörerischen Folgen der

Globalisierung den Nährboden für Gewalttäter überall auf der Welt verstärken.

Da ist es gut, dass es inzwischen eine weltweit wachsende Bewegung gibt, die die herrschende weltwirtschaftliche Entwicklung scharf kritisiert. Doch so wichtig Kritik auch ist – mindestens so wichtig sind Konzepte und Visionen. Denn es geht nicht darum, die Globalisierung abzulehnen oder gar rückgängig zu machen, sondern sie zu gestalten. Schon heute gibt es im Norden wie im Süden Inseln der Hoffnung, die eines zeigen: Es ist nicht nur möglich, die Macht der Konzerne

zu globalisieren, sondern auch soziale Gerechtigkeit und eine ökologische Wirtschaftsweise. Daraus lassen sich Strategien entwickeln, die globale Gerechtigkeit und globalen Umweltschutz möglich machen. Diese Strategien bekannter zu machen, ist das Ziel des vorliegenden Dossiers. Wenn immer mehr Menschen ihre Ohnmachtsgefühle überwinden und die Politik mit Visionen einer humanen Weltwirtschaft konfrontieren, dann wächst der Druck. Und wenn der Druck wächst, dann bewegt sich Politik.

■ WOLFGANG KESSLER

Mehr Arbeitslose und weniger Demokratie

Was könnte exportstarken Industrieländern eigentlich Besseres passieren als ein rasant wachsender Weltmarkt, der ihnen weltweit Absatzmärkte erschließt? So könnte man fragen und daraus schließen, dass die Globalisierung für die reichen Industrieländer die Pforte zum Paradies öffnet. In der Tat profitiert die exportstarke deutsche Wirtschaft von den neuen Perspektiven. Sie liefert jedes Jahr für über 50 Milliarden Euro mehr Waren in die weite Welt, als Deutschland von dort kauft. Und dennoch enthält die Globalisierung auch für den reichen Norden große Risiken.

Denn: Durch die technologische Entwicklung können die Unternehmen nicht nur Waren und Dienstleistungen exportieren, sondern ganze Fabriken. Dies hat Rückwirkungen auf den Standort Deutschland: Die Konkurrenz nimmt zu; die Unternehmen ersetzen immer mehr Arbeitskräfte durch Kapital; größere Unternehmen übernehmen kleinere; der Arbeitsdruck in den Belegschaften wächst. Vor allem Beschäftigte, die nicht zwischen 20 und 40 Jahre alt, gut ausgebildet, mobil und flexibel sind, müssen um ihre Arbeitsplätze fürchten. Die Gesellschaft spaltet sich in Globalisierungsgewinner, die sich vor Arbeit kaum retten können, und jene, die sich um Billigjobs streiten oder erwerbslos bleiben.



Arbeitslos und ohnmächtig: Angst vor globaler Konkurrenz

sequenzen. Während die Politik zum größten Teil an nationalen Grenzen endet, überspringen die Weltkonzerne nationale Grenzen spielend. Mit ihrer Macht, Arbeitsplätze zu schaffen oder zu vernichten, können sie die Politiker(innen) unterschiedlicher Länder gegeneinander ausspielen. Unter diesem Druck ordnen die Regierungen der meisten Industrieländer ihre Politik mehr und mehr den Interessen der Konzerne unter. Geradezu symptomatisch ist die Steuerpolitik: Während die Steuern für Großunternehmen (Körperschaftsteuern) in den Industrieländern von durchschnittlich 38 Prozent im Jahre 1996 auf derzeit rund 33 Prozent gesenkt wurden, stiegen die steuerlichen Belastungen für die »Normalbürger«. In Deutschland erbrachten die Steuern auf Kapitaleinkommen 1960 noch fast die Hälfte des gesamten Steueraufkommens – im Jahre 2000 waren es nur noch 15 Prozent. Dies ist auch die Folge eines Steuersenkungswettbewerbs als Folge der Globalisierung. Die Konzerne profitieren, die Bürger tragen die Lasten. Und die

Gleichzeitig verstärkt die Globalisierung die Macht der transnationalen Konzerne – mit schwer wiegenden politischen Kon-

Demokratie verkommt zum Vollzug angeblich wirtschaftlicher Sachzwänge im Dienste der Konzerne. ■

Wenn China und Indien so leben wie wir

Was passiert eigentlich, wenn alle Menschen auf der Welt so leben wie die Menschen in den Industrieländern? Oder konkreter: Was passiert, wenn alle Menschen so viel Auto fahren wie die Bundesbürger? Der ehemalige brasilianische Umweltminister José Lutzenberger beantwortet diese Frage so: »Zur Zeit gibt es weltweit 550 Millionen Personenwagen und 6 Milliarden Menschen. Wenn die Motorisierung der Bundesrepublik – zwei Menschen, ein Auto – weltweit erreicht wäre, dann wären wir in wenigen Minuten tot.«

Die Schlussfolgerung mag drastisch klingen, doch das Problem bleibt: Es ist nicht irgendein Wirtschafts- und Lebensstil, der durch die Globalisierung in alle Ecken der Erde verbreitet wird, sondern der Wirt-

schafts- und Lebensstil der Konsumgesellschaften der Industrieländer. Sie verbrauchen rund drei Viertel aller verfügbaren Energie und sind für etwa 80 Prozent aller Schadstoffemissionen verantwortlich. Ein Nordamerikaner belastet die Tragfähigkeit der Erde im Laufe seines Lebens 280-mal so stark wie ein Nepali – ein Deutscher immerhin noch 140 Mal so intensiv. Doch die bevölkerungsreichen Länder China, Indien oder Brasilien holen ständig auf. In einigen Jahren werden sie zu den großen Umweltbelastern der Welt aufgeschlossen haben, zumal die Bevölkerung im Süden schnell wächst.

Derweil wird die Umwelt immer stärker ausgebeutet und – oft genug – zerstört. Große Konzerne eignen sich die Genressourcen des Südens an und lassen sie patentieren. Dann

müssen die Bauern ihr Saatgut bei den Konzernen kaufen. Weltweit wächst der energieintensive Transport. Die Zerstörung der Regenwälder zur Gewinnung von Brennholz, Ackerland und Nutzholz schreitet voran. Gerade warnen die Umweltschützer vom *World Wildlife Fund*, dass das 1800 Quadratkilometer große Regenwaldgebiet Tessa Nilo auf Sumatra – eine der artenreichsten Regionen der Welt – in vier Jahren komplett zerstört sein werde, wenn die Abholzung in dem gegenwärtigen Tempo voranschreite. »Wenn Großbritannien die halbe Erde für seinen Lebensstandard benötigt, wie viel Erden braucht dann Indien, um den Lebensstandard Großbritanniens zu erreichen?«, fragte schon Mahatma Gandhi. Und diese Frage stellt sich angesichts der Globalisierung neu. ■

Milliarden rasen um die Welt

Geld regiert die Welt, heißt es im Volksmund. Wahrscheinlich lag der Volksmund damit noch nie so richtig wie zur Zeit. Nirgendwo hat sich die Globalisierung so konsequent durchgesetzt wie auf den Finanzmärkten. Die Devisenbörsen der Welt setzen täglich rund 1200 Milliarden US-Dollar um – 1970 waren es noch 70 Milliarden. Da 30 bis 40 Milliarden US-Dollar täglich zur Abwicklung des Welthandels genügen würden, sind 1160 bis 1170 Milliarden Dollar reine Geldanlagen. Und dieses spekulative Kapital rast mit hoher Geschwindigkeit um die Welt: 80 Prozent dieser Gelder werden alle acht Tage wieder in andere Währungen umgetauscht – völlig unkontrolliert von staatlichen Behörden. Diese rasende Geldmenge stammt aus den Anlagen multinationaler Konzerne, aus Petrodollars, US-Pensionsfonds und aus den riesigen Anlagebeständen von Versicherungen und an-

deren Kapitalsammelstellen, die vor allem der Alterssicherung dienen.

Für die meisten Finanzexperten ist das alles kein Problem, weil der eine Spekulant nur verliert, was der andere gewinnt. Außerdem trieben die Finanzmärkte das Geld mit geringstmöglichem Aufwand dorthin, wo es am dringendsten gebraucht werde. Doch dieser Trost ist nicht viel wert. Wie gefährlich sich die vagabundierenden Dollar-Milliarden auswirken können, zeigte die Asienkrise 1997. Nachdem in mehreren asiatischen Ländern Fehlinvestitionen gemeldet wurden, flohen in wenigen Tagen hunderte Milliarden aus den Währungen dieser Länder – in Dollar oder Yen. Die Landeswährungen verloren rasant an Wert – mit der Folge, dass sich alle Dollarimporte stark verteuerten. Nach Angaben des *Internationalen Währungsfonds* hat die Asienkrise in

Indonesien, Thailand und Südkorea mehr als 20 Millionen Menschen in Armut gestürzt. Dieser Verlust wiegt weit schwerer als die Verluste der Spekulanten.

Die Schnellebigkeit des vagabundierenden Finanzkapitals an den elektronisch vernetzten und deshalb besonders schnell reagierenden Weltbörsen ist eine schwere Hypothek. Die Spekulation kann in wenigen Tagen Wirtschaftskrisen auslösen. Gleichzeitig zählt nur der kurzfristige Gewinn. John Reed, der Ex-Boss der US-Bank *City Corporation*, brachte das Grundproblem vor einigen Jahren auf den Punkt: »Die globalen Finanzmärkte und die große Kapitalkonzentration verkürzen unseren Zeithorizont. Die Rettung der Regenwälder am Amazonas und andere nachhaltige Investitionen sind ein Luxus, den man sich in diesem Geldsystem nicht leisten kann.« ■

Die Reichen werden immer reicher

Eigentlich sind es gar nicht viele: »Nur« 514 Dollar-Milliardäre verzeichnet die US-Bank *Merril Lynch* im ihrem »Weltwohlstandsbericht« aus dem Jahre 2000. 276 davon sind Nordamerikaner, 115 Europäer, 77 Asiaten und 14 kommen aus dem Nahen Osten, aus dem ehemaligen Ostblock oder aus Afrika. Nun wäre dies nicht weiter schlimm, würde sich hinter dieser Zahl nicht ein großes Problem verbergen: Der Weltmarkt spaltet die Menschheit in Gewinner und Verlierer. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer.

In dem »Bericht über die menschliche Entwicklung« aus dem Jahre 1998 zeigt die UNO auf, dass die Einkünfte der reichsten 20 Prozent der Weltbevölkerung 1960 »nur« 34-mal höher waren als die Einkünfte der

ärmsten 20 Prozent. Im Jahre 1997 hatten die Reichen bereits um knapp 70-mal mehr als die Armen – seither ist der Abstand weiter gewachsen. Die Verhältnisse sind dramatisch: Das Vermögen der drei reichsten Personen der Welt ist höher als das Bruttosozialprodukt der 48 ärmsten Länder. Die 225 reichsten Menschen der Welt besitzen mehr als 47 Prozent der Menschheit. Eine Milliarde Menschen muss dagegen mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen.

Gleichzeitig werden die Armen viel häufiger Opfer von Katastrophen. Im Jahre 1999 registrierte die *Schweizer Rückversicherung* 326 Katastrophen wie Orkane, Überschwemmungen, Erdbeben oder Dürre. Zwei Drittel davon entfielen auf Entwicklungsländer. Allerdings fließen nur 20 Prozent aller Scha-

denersatzleistungen in diese Länder – und dies, obwohl dort 90 Prozent aller menschlichen Opfer von Katastrophen zu beklagen sind. Ähnliches gilt für die drohende Klimakatastrophe. Wenn künftig Orkane zunehmen, Böden austrocknen oder Meeresspiegel steigen, dann werden zuerst die Menschen in der Dritten Welt betroffen sein.

Zu allem Übel haben die Industrieländer, die Mitglied der *Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit* (OECD) sind, in den letzten Jahren auch noch ihre Entwicklungshilfe gesenkt. Ihre Leistungen lagen im Jahre 2001 bei durchschnittlich 0,22 Prozent des Bruttosozialproduktes. Diese Zahl ist weit entfernt von dem 0,7-Prozent-Ziel, auf das sich die Industrieländer einst verständigt hatten. ■



FOTO: DPA

Die Klimakatastrophe trifft die Armen: Ein Pakistani in einem ausgetrockneten See, eine Inderin sucht ihr Hab und Gut im Hochwasser

Sozialstaat trotz globaler Konkurrenz

Trotz Globalisierung ist Vollbeschäftigung möglich und ein Sozialstaat finanzierbar. Dies zeigt Dänemark, obwohl sich die neue Regierung des Landes mit rechtsnationalen Tönen unbeliebt macht.

Ein zentrales Instrument für die sozialen Erfolge des Landes ist die originelle Steuer- und Arbeitsmarktpolitik. Im Laufe der neunziger Jahre führte Dänemark ein flächendeckendes System von Ökosteuern ein. Im Gegenzug wurden die Lohn- und Einkommenssteuern gesenkt. Diese Steuerpolitik bietet seither einen Anreiz für massive Öko-Investitionen (über zehn Prozent Marktanteil für Ökolandbau) und schafft qualitatives Wirtschaftswachstum. Gleichzeitig betreibt Dänemark eine entschlossene Arbeits-

marktpolitik: Es fördert die Ansiedlung von Betrieben in Problemregionen, qualifiziert Arbeitslose und vermittelt sie unbürokratisch weiter. Dabei steht die individuelle Förderung der Erwerbslosen im Mittelpunkt der Arbeitsmarktpolitik. Jugendliche Arbeitslose haben immer die Wahl zwischen mehreren Jobs und schulischer Weiterbildung.

Stark erleichtert wird diese Politik gegen Arbeitslosigkeit durch ein Renten- und Gesundheitssystem, das zu 75 Prozent über Steuern finanziert wird. Das hat Vorteile: Alle gesellschaftlichen Gruppen sind an der Finanzierung beteiligt – und bei Krankheit und im Alter sozial abgesichert. Gleichzeitig sind die Lohnnebenkosten der Betriebe viel geringer als zum Beispiel in Deutschland. Des-

halb gibt es in Dänemark pro tausend Einwohner 356 Dienstleistungsjobs, in Deutschland nur 273. So sorgt ein Netz von Kinderbetreuungsmöglichkeiten dafür, dass Beruf und Familie leicht miteinander vereinbar sind: ein großer Vorteil für Frauen. Die geringeren Lohnkosten in diesem personalintensiven Bereich machen es möglich.

Insofern hat Dänemark viel erreicht: Die Arbeitslosenquote liegt unter vier Prozent, der Sozialstaat ist gesichert, der Staat nimmt wenig neue Kredite auf. Und es sage niemand, Dänemark sei nur so gut, weil es klein sei. Das Gegenteil ist richtig: Kleine Industrieländer sind auf Grund ihres kleinen Binnenmarktes viel stärker von der Globalisierung betroffen als große Industrieländer. ■

Faire Kleinkredite machen Arme reicher

Versonnen blickt Joseph Gichina auf das verfallene Haus, in dem er seine Kindheit verbrachte. Diese Zeit ist vorbei. Der Bauer aus Kenia hat kräftig investiert: Inzwischen besitzt der Vater von sechs Kindern mehrere Milchkühe, tausend Hennen, ein kleines Haus und einen modernen Hühnerstall. Außerdem baut er noch Tee an – und das war für ihn besonders wichtig.

Denn seinen »Wohlstand« verdankt Gichina der Spar- und Darlehensgenossenschaft *Muramati*, die von 16 000 Teebauern getragen wird. Wer für 1,50 Euro Mitglied wird, kann von dieser Genossenschaft das Dreifache seiner Spareinlage als Kredit zu günstigen Zinsen erhalten. Die Rückzahlung garantiert die Tee-Genossenschaft, der die Bauern angehören. Dass es Muramati über-

haupt gibt, liegt an der christlichen Kreditgenossenschaft *Oikocredit*, ehemals EDCS. Sie verkauft Anteile an Sparer im reichen Norden der Welt, um mit diesem Kapital Kredite an Genossenschaften in armen Ländern zu gewähren – vorausgesetzt, die Genossenschaften verbessern den Lebensunterhalt ihrer Mitglieder, lassen Frauen gleichberechtigt teilhaben und schonen die Umwelt.

1997 gewährte Oikocredit Muramati ein Darlehen von 370 000 US-Dollar zu günstigen Zinsen. Für Geschäftsführerin Esther Marthai begann damit eine erfolgreiche Zeit: »Die Bauern sind begeistert von ihrer Bank.«

Doch damit nicht genug. Rund 40 Prozent aller Darlehen von Oikocredit gehen an Kleinkredit-Organisationen: wie die *Grameen-Bank* in Bangladesch oder den *Jamii*

Bora Trust in Kenia. Sie arbeiten fast immer nach dem gleichen Prinzip: Benachteiligte legen einen geringen Betrag bei der Bank an und absolvieren ein Training. Dann erhalten sie ein kleines Darlehen – zumeist das Zweifache oder Dreifache ihrer Spareinlage – und starten ein kleines Geschäft. So können inzwischen weltweit hunderttausende ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Erfahrungsgemäß profitieren vor allem Frauen von diesen Kleinkrediten, weil sie von Banken oft kein Geld bekommen, obwohl sie häufig zuverlässigere Geschäftspartner sind.

Dies zeigt: Faire Kleinkredite fördern die Selbsthilfe der Armen und damit die soziale Entwicklung, während Kredite für Großprojekte oft nur Auslandsschulden produzieren. ■



FOTO: EPD / OIKOCREDIT



FOTO: EPD / AGENDA

Globalisierung von Gerechtigkeit und Umweltschutz: Faire Preise für eine Kaffeekooperative und Sonnenstrom für ein Dorf im Senegal

Die Kühlschranks-Connection

Es ist der größte Erfolg der internationalen Umweltpolitik: Das *Protokoll von Montreal* aus dem Jahre 1987 verpflichtet 176 Vertragsstaaten, die als Ozonkiller entlarvten FCKW – vor allem als Kühlmittel verwendet – nicht mehr einzusetzen: Die Industrieländer haben dieses Ziel erreicht, die Entwicklungsländer haben bis 2010 Zeit.

Damit einkommensschwache, aber bevölkerungsreiche Länder wie China, Indien oder Brasilien die Millionen Kühlschränke für ihre Menschen nicht mit Ozonkillern, sondern mit (teuren) Ersatzstoffen ausrüs-

ten, wurde ein weltweit beispielhafter Fonds auf UNO-Ebene geschaffen: Dort zahlen die Industrieländer 1,5 Milliarden US-Dollar ein, die dann in Ersatztechnologien für die FCKWs in der Dritten Welt investiert werden. Im Entscheidungsorgan sitzen – gleichberechtigt – je sieben Vertreter aus Industrie- und Entwicklungsländern. Nichtregierungsorganisationen haben Beobachterstatus. Der Fonds arbeitet überaus erfolgreich. Auch deshalb gehen Experten davon aus, dass sich die Ozonschicht bis Mitte des Jahrhunderts wieder erholen wird. ■

Sonnenstrom für Bauern

Wickremasinghe Silva kann sein Glück kaum fassen. Der Bauer aus dem Dorf Anakatawewa in Sri Lanka ist stolzer Besitzer einer Solaranlage, die sein Haus mit Strom versorgt. 400 US-Dollar muss er dafür in fünf Jahren abtrottern, aber er glaubt, dass sich »die Anlage bald bezahlt machen wird«.

Silva ist einer von 7000 Bauern des Landes, die in den vergangenen drei Jahren eine Solaranlage erwarben. Sie stehen für eine neue energiepolitische Perspektive für die Insel. Möglich wurde dies durch eine Kooperation von Global-Organisationen, die bisher nicht durch ein besonderes ökologisches Gewissen aufgefallen sind – im Gegenteil: der *Shell-Konzern* und die *Weltbank*.

Sri Lanka hat das Problem vieler Entwicklungsländer. Nur ein Teil der Haushalte (in Sri Lanka sind es 53 Prozent) hängt am Stromnetz – ländliche Regionen sind fast völlig abgekoppelt. Im asiatischen Inselstaat

wächst dazu noch der Strombedarf stark. Pläne zum Ausbau der klimaschädlichen Kohlekraft treffen auf den erbitterten Widerstand von Umweltschützern. So hat sich Sri Lanka zu einer Kooperation mit Shell und der Weltbank entschlossen. Beide nehmen in ihrem Kerngeschäft zwar weiterhin wenig Rücksicht auf die Umwelt oder auf soziale Belange. Doch in Sri Lanka klappt die Kooperation: Shell hat eine einheimische Solar-Pionier-Firma vor der Pleite bewahrt. Dank einer Finanzspritze produziert diese nun wieder Solaranlagen. Die Weltbank fördert die Sonnenenergie mit zunächst fünf Millionen US-Dollar, die von einer einheimischen Nichtregierungsorganisation verwaltet werden. Durch diese Initiativen werden die Solaranlagen im Land selbst produziert und sind für viele Bauern erschwinglich. Der Weg zu einer dezentralen Versorgung mit Sonnenenergie ist frei. ■

Zucker für die Wirtschaft

Bei Ökologen genießt Mauritius keinen guten Ruf: Ferntouristen fliegen mit hohem Energieverbrauch dorthin. Entwicklungspolitisch ist Mauritius durchaus ein Modell: Es herrscht Demokratie, der Lebensstandard ist stark gestiegen, und die Wirtschaft steht auf breiter Grundlage.

Möglich wurde dies vor allem durch ein Handelsprivileg der *Europäischen Union*: Sie stockt die Weltmarktpreise für Rohstoffe bestimmter Entwicklungsländer auf. Jahrelang erhielt Mauritius für seinen Zucker von Europa 63 Prozent mehr als den Weltmarktpreis. Damit erzielte das Land zwischen 1975 und 1991 Mehrerlöse von rund 100 Millionen Euro pro Jahr. Diese nutzte die Regierung,

um das Land von der Zuckerabhängigkeit wegzuführen: durch die Förderung des Tourismus, durch den Aufbau vieler Kleinbetriebe, durch den Import modernster Technologie. Dazu kamen soziale Reformen. Die Ergebnisse sind beeindruckend: Die Arbeitslosigkeit liegt bei 5,8 Prozent, 91 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten für Dienstleistung und Industrie, nur 16 Prozent der 1,1 Millionen Einwohner sind Analphabeten – das Pro-Kopf-Einkommen liegt bei 4000 Dollar pro Jahr (Indien: 1300). Mauritius zeigt: Mit Hilfe höherer Rohstoffpreise und einer aktiven Wirtschaftspolitik durch den Staat kann ein Dritte-Welt-Land eine vergleichsweise soziale Demokratie aufbauen. ■



Weiterverteilen!

Bitte unterstützen Sie die globalisierungskritische Bewegung und verteilen Sie dieses Dossier »Globalisierung – Eine andere Welt ist möglich!«.

Wir bitten jedoch um Bezahlung des Selbstkostenpreises von 0,15 € /Stück zzgl. der Versandkosten. Sie erhalten mit der Bestellung eine Rechnung.

Bestelladresse:

Attac Deutschland, Münchner Str. 48,
60329 Frankfurt, Tel. 04231/957-591,
Fax -594, E-mail: info@attac-netzwerk.de,
www.attac-netzwerk.de/material

Publik-Forum

www.publik-forum.de

In einer Zeit mit wenig Mut zu Visionen und zum Aufbruch kommt es darauf an, die gesellschaftlichen Gegenkräfte zu ermutigen und zu stärken. Genau dies tut Publik-Forum – die Zeitung derer, die sich für das Neue und Bessere, für das Experiment und das gute Beispiel interessieren.

HORST-EBERHARD RICHTER, PSYCHOANALYTIKER

P R O B E H E F T



Wir laden Sie ein, Publik-Forum kennen zu lernen. Gerne schicken wir Ihnen kostenlos und unverbindlich die aktuelle Ausgabe von Publik-Forum zu.

NAME: _____

VORNAME: _____

STRASSE: _____

PLZ, ORT: _____

Bestellcoupon bitte ausschneiden und einsenden an:

Publik-Forum, Postfach 2010, D-61410 Oberursel,
Tel. 06171/700310, Fax 06171/700346,
E-Mail: Buecherdienst@Publik-Forum.de

1

Vollbeschäftigung trotz Globalisierung

Länder mit geringer Arbeitslosigkeit zeigen, dass nur gezielte Strategien helfen. Drei sind besonders wichtig und auch unter globalem Konkurrenzdruck möglich:

- Wenn viele Beschäftigte immer mehr arbeiten, während es immer mehr Arbeitslose und unregelmäßig Beschäftigte gibt, müssen die Arbeitszeiten verkürzt werden: durch Teilzeitarbeit, Umwandlung von Überstunden in Arbeitsplätze, Sabbatjahre und kürzere Wochenarbeitszeit. Der Staat müsste dies fördern: Betriebe, die die Arbeitszeiten verkürzen und Arbeitslose einstellen, könnten für einige Jahre deren Arbeitslosenunter-

stützung erhalten. Das würde den Staat nicht mehr kosten. Die Betriebe hätten aber einen Anreiz zur Verkürzung der Arbeitszeiten.

- Aussichtsreich sind auch staatliche Investitionen in zukunftsweisende Bereiche, die vom Markt alleine nicht entwickelt werden. Ein Ein-Millionen-Dächer-Programm für die Sonnenenergie brächte eine Initialzündung für Bauindustrie und Handwerk. Das würde über viele Jahre mehrere hunderttausend Arbeitsplätze schaffen. Ähnliches gilt für Investitionen in Kinderbetreuung, Ausbildung, Gesundheit sowie Forschung. Sie werden ständig angemahnt, aber nicht durchgesetzt.

- Wer Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt integrieren will, kann von Irland lernen: Es braucht gleichzeitig individuelle Betreuung, Qualifizierung und eine schrittweise Integration in den Arbeitsmarkt (auf Teilzeitbasis). Auch staatliche Lohnzuschüsse für Betroffene (Kombilöhne), die Jobs mit geringeren Löhnen annehmen, können sinnvoll sein.

Niemand sage, dies sei nicht finanzierbar. Die Arbeitslosigkeit kostet 180 Milliarden Mark pro Jahr an Sozialausgaben, entgangenen Steuereinnahmen und Sozialbeiträgen. Daher gilt, was die Kirchen in ihrem Sozialwort betonten: Nicht der Sozialstaat ist zu teuer, sondern die Arbeitslosigkeit. ■

Der Beitrag wird von Wolfgang Kessler verantwortet, weil Attac zur Arbeitsmarktpolitik noch keine Position hat

2

Grundsicherung für viele statt Luxus für wenige

Auch unter verschärfter globaler Konkurrenz ist ein Sozialstaat finanzierbar. Dies gelingt allerdings nur, wenn möglichst alle Erwachsenen in das Renten- und Gesundheitssystem integriert sind - und alle zu dessen Finanzierung beitragen, durch Steuern oder Sozialbeiträge.

Deutschland steht vor der Wahl, die soziale Sicherheit - wie derzeit - immer stärker zu privatisieren. Das bedeutet weniger Grundsicherung für alle, aber mehr Luxus für we-

nige. Oder aber die Sozialversicherung wird nach dem Gebot der Solidarität reformiert: Dann müssen - wie in der Schweiz - alle Bevölkerungsgruppen (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Nichterwerbstätige, Landwirte, Selbstständige, Unternehmer) in die gesetzliche Rentenversicherung integriert werden. Beiträge werden nicht nur für Löhne und Gehälter, sondern auch für Zinsen und Gewinne fällig. Alle Mitglieder erhalten zumindest eine Grundrente. Gleichzeitig sind die Renten nach oben begrenzt. Wer Luxus will,

muss dies dort privat finanzieren. Das Gleiche gilt für die Krankenversicherung: Während sich heute Besserverdienende über Privatversicherungen aus der Solidarität stehlen können, müssten künftig alle Bürgerinnen und Bürger in die gesetzlichen Krankenversicherungen. Privatversicherungen liefern nur noch Zusatzleistungen.

Diese Reformen lösen mehrere Probleme zugleich: Auf Grund der breiten finanziellen Basis sinken die Beiträge; die Wirtschaft hat geringere Lohnnebenkosten; den Beschäftigten bleiben höhere Nettolöhne. Es gibt Sicherheit für alle statt Luxus für wenige. ■

3

Tobinsteuer und die Kontrolle der Finanzmärkte

Globale Gerechtigkeit erfordert die Kontrolle des Kapitalmarktes. Besonders wichtig ist dafür die so genannte Tobinsteuer, benannt nach dem US-Ökonomen James Tobin. Sie sieht vor, dass alle Käufe und Verkäufe an allen Börsen mit einem geringen Steuersatz belastet werden, zum Beispiel mit 0,5 Prozent. Die erhoffte Wirkung: Wer langfristig investiert, wird sich durch eine Steuer von 0,5 Prozent nicht abhalten lassen. Sie trifft vor allem Spekulanten, die am kurzfristigen Gewinn interessiert sind - und streut Sand in das Spekulationskarussell. Diese Entschleunigung stabilisiert die Finanzmärkte. Außerdem bringt die Steuer jährlich mindestens zweistellige Milliardenbeträge ein, die in die Entwicklung einer gerechteren Welt investiert werden könnten.

Doch die Tobinsteuer alleine genügt nicht. Zusätzlich müssen Steueroasen wie die Cayman-Inseln, in die viel Geld unkontrolliert und steuerfrei fließt, durch strenge Sanktionen gegenüber den Banken und den Regierungen dieser Oasen ausgetrocknet werden. Darüber hinaus können auch Kapitalkontrollen nützlich sein: Chile hat einströmen-

des Kapital lange Zeit mit einer Gebühr belastet, die nur Investoren zurückerhalten, die ihr Geld frühestens nach einem Jahr wieder abziehen. Die Folge: Spekulanten wurden abgeschreckt, seriöse Investoren kamen

dennoch, Spekulationskrisen blieben aus. Diese Maßnahmen zeigen: Die Politik hat den Geist des freien Kapitals aus der Flasche gelassen, indem sie nahezu alle Kontrollen abgeschafft hat. Jetzt muss der Geist wieder in die Flasche gedrängt werden, oder er wird die Politik beherrschen. ■



Ohne Kontrolle zählt an den Börsen nur eines: möglichst schneller Gewinn

FOTO: DPA

4 Schuldenerlass – Revolution für IWF und Weltbank

In den vergangenen Jahrzehnten haben viele Regierungen der Dritten Welt bei den Großbanken riesige Kredite aufgenommen. Obgleich die Entwicklung ausblieb, müssen alle Bevölkerungsschichten nun die Schulden bezahlen. Diese Last kann ihnen nur durch ein faires Entschuldungsverfahren genommen werden, bei den Schuldner und Gläubiger gleichberechtigt verhandeln und nicht wie bisher nur eine Seite die Entscheidungen fällt. Ein Schuldenerlass muss so organisiert werden, dass er Eliten nicht wieder einen neuen Anreiz zu einer verantwortungslosen Schuldenpolitik bietet. Jeder Schuldenerlass muss an die konsequente Bekämpfung der Armut in dem jeweiligen Schuldnerland gebunden werden. Dann findet nicht »nur« Entschuldung, sondern auch Entwicklung statt.

Eine faire Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd erfordert jedoch grundlegende Veränderungen bei den großen Finanzinstitutionen *Internationaler Währungsfonds* und *Weltbank*. Sie funktionieren wie Aktiengesellschaften: Wer mehr Geld einzahlt, verfügt über mehr Stimmen. Deshalb befinden sie sich in den Händen der Industriestaaten.

Zwei Veränderungen sind überfällig: Das Gewicht der Entwicklungsländer muss – durch mehr Stimmen ohne zusätzliche Einzahlung – stark erhöht werden. Zum anderen muss vor allem die Weltbank ihre Kreditpolitik grundsätzlich umstellen, wenn sie einen

Beitrag zu globaler Gerechtigkeit leisten will: Nicht Umwelt gefährdende Großprojekte für Wirtschaftseliten sollten Priorität genießen, sondern günstige Kleinkredite für Bauern, Händler, Handwerker und Dienstleister. Das würde eine breite wirtschaftliche und soziale Entwicklung fördern, ohne die die Armut nicht beseitigt werden kann. ■



Brasilianische Indios am Computer: Moderne Technologien können Entwicklung schaffen

5 Ein Vertrag gegen die globale Armut

Es war eine der besten Ideen seit langem, und sie mündete in einen der weitreichendsten Beschlüsse der *Vereinten Nationen*: den so genannten 20-zu-20-Vertrag, um die Armut zu bekämpfen. Danach sollen die Entwicklungsländer nicht mehr wie heute 13 Prozent ihrer Staatshaushalte, sondern 20 Prozent ihres Haushaltsvolumens in die Be-

friedigung der Grundbedürfnisse investieren: in Ernährung, Gesundheit, Bildung und Wohnen. Laut UNO würde dieser Schritt weltweit mehr als 80 Milliarden US-Dollar pro Jahr gegen die Armut mobilisieren.

Gleichzeitig sollen die Industrieländer nicht nur sieben Prozent ihrer Entwicklungshilfe wie heute, sondern ebenfalls 20 Prozent ihrer Entwicklungshilfe in die Befriedigung

der Grundbedürfnisse investieren. Dadurch ließen sich weitere 40 Milliarden US-Dollar für den Kampf gegen die Armut mobilisieren. Würden die Industrieländer dann noch ihre Bekenntnisse zu einer gerechteren Welt im Kampf gegen den Terrorismus in eine höhere Entwicklungshilfe umsetzen, dann wäre der 20-zu-20-Vertrag ein erstes Musterabkommen für eine neue, gerechtere Weltordnung: Es wäre die erste Form eines globalen Gesellschaftsvertrages zwischen Arm und Reich. ■

6 Sanfte Technologien für Nord und Süd

Es gibt eine schlechte und eine gute Nachricht. Die schlechte: Wenn die Industriekultur des Nordens globalisiert wird, nehmen die ökologischen Probleme dramatisch zu. Die gute: Solarzellen, Windkraft, Biogas und andere dezentral einsetzbare Technologien, die keine teure und komplizierte Infrastruktur erfordern, können zur wirtschaftlichen Entwicklung der Dritten Welt beitragen, ohne die Tragfähigkeit der Welt überzustrapazieren.

Dies eröffnet eine riesige Chance zur Kooperation zwischen Nord und Süd, wie sie in dem internationalen Fonds zum Ersatz der FCKW (siehe Beitrag »Kühlschrank-Connection«) erfolgreich erprobt wurde. Die Welt

braucht solche Fonds für einen Transfer von Solar- und Informationstechnologien in den Süden. Gespeist durch Milliarden Dollar aus der Tobinsteuer oder durch eine internationale Steuer auf Flugbenzin und gleichberechtigt besetzt mit Vertretern aus dem Norden und aus dem Süden, müsste von diesem Fonds die Initialzündung für die globale Verbreitung sanfter Technologien ausgehen. Und nicht nur dies: Letztlich müsste der Fonds dafür sorgen, dass diese Technologien auch in den Ländern der Dritten Welt hergestellt und verbreitet werden. Bei den Informationstechnologien ist dies schwieriger, doch bei Technologien zur Nutzung der Sonnenenergie ist es möglich. Diese Strategie eröffnet eine doppelte Chance: Die Entwicklungsländer kön-

nen sich eigenständig technologisch, wirtschaftlich und sozial entwickeln. Und es ist eine Entwicklung, die auch künftigen Generationen im Norden wie im Süden ein würdiges Leben ermöglicht. ■

IMPRESSUM

»Globalisierung: Eine andere Welt ist möglich!«

Herausgegeben von Attac Deutschland und Publik-Forum. Diese Texte erschienen in erster Auflage als Dossier in Publik-Forum, Zeitung kritischer Christen. Publik-Forum hat die Texte mit Attac aktualisiert.

Autor: Wolfgang Kessler (v.i.s.d.p.), Andrea Teupke

Projektbetreuung von Attac: Sven Giegold

Gestaltung: Andreas Klinkert

Anschrift: Publik-Forum, Postfach 2010, D-61410 Oberursel, **Internet:** www.publik-forum.de, **Telefon:** 06171/7003-0, **Druck:** Druckhaus Bayreuth; © Mai 2002 Publik-Forum Verlagsgesellschaft mbH



FOTOS: DPA

Demonstranten in Genua, Papst Johannes Paul II. und Erzbischof Christodoulos: Kritik an sozialen Folgen der Globalisierung

Porto Alegre oder: Druck aus dem Süden

Es ist schon imposant: 60 000 Menschen aus allen Kontinenten der Welt versammeln sich zum *Weltsozialforum* an einem Ort auf der Südhalbkugel, um über die Folgen der Globalisierung zu diskutieren: Porto Alegre im Süden Brasiliens. Die Inhalte der Diskussionen sind typisch für heutige Globalisierungskritik: Verschuldung, Rassismus, Sexismus, Welthandel, Gentechnik und neue ethische Fragen. Ein Grundsatzpapier betont, dass das Weltsozialforum Teil eines Prozesses ist. Das wichtigste Grundprinzip ist die Opposition der Zivilgesellschaft gegen den Neoliberalismus, die Welt des Kapitalismus und jede Form des Imperialismus. Im Zentrum der Aufmerksamkeit liege der Mensch. Hierarchien werden abgelehnt. Parteien oder Gruppen bestimmen das Forum nicht, doch Politiker dürfen kommen, wenn sie zu den Prinzipien stehen. Ziel des Weltsozialforums ist, dass alle, die gegen die Entmenschlichung in der Welt arbeiten, Erfahrungen austauschen und an einer Globalisierung der Solidarität bauen: eine Lobby für weltweite Gerechtigkeit.

■ GUDRUN FISCHER

Infos: www.worldsocialforum.org oder www.portoalegre2002.org (deutsche Seite des Weltsozialforums)

Attac oder: Eine andere Welt ist möglich

Attac wird für immer mehr Menschen zum Hoffnungsträger für politische Veränderungen. Attac tritt für eine ökologische und soziale Globalisierung ein und will politische Gestaltungsräume zurückerobern. Attac fordert als erste Schritte in diese Richtung die Einführung der Tobinsteuer, die Schließung von Steueroasen, die Streichung von Auslandsschulden sowie demokratische Reformen im Gesundheits- und Bildungswesen statt Abbau und Privatisierung. Mit über 90 000 Mitgliedern in über 50 Ländern ist Attac zu einem wichtigen Teil der globalisierungskritischen Bewegung geworden. Auch in Deutschland bildet Attac ein breites gesellschaftliches Bündnis, das vom BUND und Kairos Europa über ver.di und Pax Christi bis zu kapitalismuskritischen Gruppen reicht. Im Mittelpunkt stehen die Menschen, die vor Ort und in bundesweiten Aktionsgruppen und Arbeitskreisen aktiv werden. In 150 Städten gibt es bundesweit bereits Attac-Gruppen. Sie organisieren Druck von unten – um eine andere Welt möglich zu machen.

Attac Deutschland, Münchner Str. 48, 60329 Frankfurt, Tel. 04231/957-591, Fax -594, Web: www.attac-netzwerk.de, E-mail: info@attac-netzwerk.de

Die Kirchen oder: Druck für die Stimmlosen

Die Kirchen outen sich als Kritiker der Globalisierung. Der Papst geißelte die rein kapitalistische Ausprägung der Globalisierung. Auf einer Konferenz forderten katholische Bischöfe aus Nord- und Lateinamerika eine »Diskussion über die humanen und ethischen Aspekte der Globalisierung« und übten harte Kritik an der geringen Entwicklungshilfe des Nordens. Auch der *Ökumenische Rat der Kirchen* – ein Zusammenschluss protestantischer und orthodoxer Kirchen – fordert »eine Globalisierung von unten gegen die Globalisierung von oben«. Daraus ergab sich unter anderem die kirchliche Beteiligung an der Kampagne Erlassjahr 2000. Engagiert betrieben wird diese Globalisierung von unten von Basisorganisationen wie dem ökumenischen Netzwerk *Kairos Europa*, der katholischen Friedensbewegung *Pax Christi*. Das Hilfswerk *Misereor* trug zumindest die Kampagne für die Tobinsteuer mit. Zu dieser politischen unbequemen Forderung bekennt sich inzwischen auch eine Sachverständigen-Gruppe der *Deutschen Bischofskonferenz*.

Kairos Europa, Hegenichstrasse 22, 69124 Heidelberg, Tel. 06221/712610. www.kairoseuropa.org

ANZEIGE

Globalisierung ist kein Schicksal. Eine andere Welt ist möglich!

Besuchen Sie unsere Internetseite www.attac-netzwerk.de oder schicken Sie den untenstehenden Coupon an uns: Attac Deutschland, Münchner Str. 48, 60329 Frankfurt, Tel. 04231 - 95 75 91, Fax. 95 75 94, e-mail: info@attac-netzwerk.de

- Bitte senden Sie mir _____ Exemplar(e) des Dossier „Globalisierung. Eine andere Welt ist Möglich“ zu. (0,15 €/Stück zzgl. Versandkosten)
- Ich möchte weitere Informationen über Attac. Bitte senden Sie mir das Attac-Infopaket und die aktuelle Materialliste zu.

Name: _____ Straße: _____ PLZ/Ort: _____

Telefon/Fax: _____ eMail: _____

- Ja, ich möchte Mitglied bei Attac werden.

Der Mitgliedsbeitrag für Einzelpersonen beträgt 15 bis 60 €/Jahr oder gerne auch mehr. Für Organisationen bis 100 Mitglieder 25 €/Jahr, bis 500 Mitglieder 50 €/Jahr und ab 500 Mitgliedern 150 €/Jahr.

- Ich erkläre mich damit einverstanden, dass Attac jährlich / monatlich meinen Mitgliedsbeitrag in Höhe von jeweils _____ € von meinem Konto abbucht.

KontoinhaberIn: _____ Konto-Nr.: _____ Bank: _____ BLZ: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

- Ich überweise meinen Beitrag von _____ € jährlich / monatlich auf das Spendenkonto von Attac.

Spendenkonto Attac Deutschland • Kto.Nr. 10 15 15 0 • Ökobank e.G. • BLZ 500 901 00 • Spenden sind steuerlich absetzbar!

